

USA

DR. LARS HÄNSEL
FRANZISKA FABRITIUS

25. SEPTEMBER 2013

www.kas.de/usa

www.kas.de

Transatlantische Beziehungen mit Kanada: Ein neuer Blick auf die Arktis

SICHERHEITSPOLITISCHE RISIKEN DURCH DIE FOLGEN DES KLIMAWANDELS IN DER ARKTIS

Deutschland und Kanada verbindet eine enge transatlantische Partnerschaft. Gemeinsame Werte, Interessen und Grundüberzeugungen bilden die Basis ihrer Beziehung. Im Hinblick auf die eigene Energieversorgung ist der Bundesrepublik daran gelegen, die wirtschaftliche Partnerschaft in Zukunft weiter auszubauen und die transatlantischen Beziehungen zu Kanada zu stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels und dessen Folgen erscheint eine stabile Partnerschaft zu Kanada wichtiger denn je.

Bisher galt das internationale Interesse anderen Weltregionen, nicht jedoch der Arktis. Das ewige Eis stellte die Schifffahrt vor eine nahezu unüberwindbare Herausforderung, mögliche Rohstoffvorkommen schienen unerreichbar. Doch seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Situation geändert – die Arktis wird zu einem Geopolitikum. Der Wettlauf der Staaten um Gebietsansprüche, Einfluss und wirtschaftliche Macht hat begonnen. Der ungeklärte internationale Rechtsstatus der Arktis erschwert eine Verhandlungslösung zusätzlich.

Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis

Inzwischen sind die Folgen der globalen Erwärmung auch in der Arktisregion spürbar. Dort, wo bis vor einigen Jahren noch Eispanzer das Bild prägten, liegt das Nordpolarmeer heute zum Teil frei. In den Som-

mermonaten ist die Eisdecke der Arktis inzwischen gänzlich verschwunden. Laut Informationen des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung ist das Eisvolumen in der Arktis in den vergangenen 30 Jahren um 75 Prozent geschrumpft.

Durch das Verschwinden des arktischen Eismantels werden ungenutzte Routen für die Schifffahrt frei, die Atlantik und Pazifik verbinden. Für die Strecke von Hamburg nach Shanghai bringt die Route durch die Arktis eine Wegersparnis von 6000 Kilometern gegenüber dem Seeweg durch den Suezkanal. Zeitersparnis und Kostenreduzierung einer Überfahrt haben erhebliche wirtschaftliche Vorteile, sodass der Industrie, den Schifffahrtsunternehmen und den nationalen Regierungen daran gelegen ist, diesen Transportweg weiter zu erschließen. Langfristig wird angenommen, dass der Nordpol schon ab 2030 in den Sommermonaten komplett eisfrei sein und es zu einer Verlagerung der klassischen Transportwege zwischen Nordeuropa und China kommen wird.

Das Abschmelzen des arktischen Eises eröffnet nicht nur im Bereich der Schifffahrt neue Perspektiven, es führt auch dazu, dass bisher verschlossene Rohstoffquellen potentiell erschließbar werden. Das United States Geological Survey (USGS) geht davon aus, dass bis zu 25 Prozent der weltweiten Öl- und Gasreserven in der Arktis zu finden sind. Da die traditionellen Fördergebiete in naher Zukunft an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und die Preise, sowie die Nachfrage

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
FRANZISKA FABRITIUS

25. September 2013

www.kas.de/usa

www.kas.de

nach Öl und Gas weiter steigen werden, eröffnet der Rückgang des Eismantels neue wirtschaftliche Perspektiven. Neuerdings besteht ein großes Interesse bei vielen Staaten, die Förderung der Rohstoffe ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Weiterhin ist zu sagen, dass die Gebietsansprüche der jeweiligen Arktis-Anrainerstaaten (Dänemark, Kanada, Norwegen, Russland, USA) über die Landmassen der Arktis zwar geklärt sind, nicht jedoch über ihre Anteile an der Wassersäule und dem darunterliegenden Boden. Dies bedingt in der Folge Unstimmigkeiten über die Nutzungsrechte an neu entdeckten Rohstoffquellen oder Schifffahrtswegen. Jeder Anrainerstaat ist bestrebt, seinen Anspruch durchzusetzen und wird aufgrund der wirtschaftlichen Folgen für das eigene Land nur schwer zu Kompromissen bereit sein. Diese Tatsache birgt ein erhebliches Konfliktpotential in der Region, sowie ein sicherheitspolitisches Risiko für die internationale Gemeinschaft, sollte ein Staat beginnen, seinen Anspruch mit Gewalt durchzusetzen.

Der internationale Rechtsstatus der Arktis

Die Ungeklärtheit des Rechtsstatus der Arktis verstärkt das zunehmende Konkurrenzdenken der Anrainerstaaten weiter. Für die Arktis existieren zwar verschiedene internationale Vereinbarungen, die auf Grundlage des Völkerrechts geschlossen wurden, doch besitzen diese keinen verbindlichen Rechtscharakter.

Auf dem Gebiet der arktischen Landmassen und für die nationalen Küstenmeere gelten uneingeschränkt die nationalen Rechtsordnungen der fünf Anrainerstaaten. Das universale Seerechtsübereinkommen (SRÜ) der Vereinten Nationen, im Jahr 1982 verabschiedet und von mehr als 156 Staaten unterzeichnet, findet über die nationalen Grenzen hinaus Anwendung. Entscheidend ist Art. 76 SRÜ, mit dessen Hilfe es rechtlich möglich ist, dass die Arktis-Anrainer ihren Festlandsockel¹ über die 200 Seemeilen-

Grenze (ausschließliche Wirtschaftszone eines Küstenstaates) hinaus, auf bis zu 350 Seemeilen in die hohe See verlängern können und die exklusiven Wirtschaftsrechte für diese Gebiete erwerben. Die Voraussetzung für eine Antragsstellung über Verlängerung des Festlandsockels ist der wissenschaftliche Nachweis, dass der Meeresboden eine Verlängerung des Festlandsockels des Antragsstellerlandes darstellt und über die 200 Seemeilen-Zone hinaus reicht. Wegen konkurrierender Besitzansprüche ist das Konfliktpotential hier groß.

Eine weitere Säule des Rahmenregelwerks, die im Zusammenhang mit der Arktis Erwähnung finden muss, ist der Arktische Rat, dessen Gründung aus der nicht verbindlichen Vereinbarung Arctic Environmental Protection Strategy (AEPS) resultiert. Zu diesem haben sich die „Arctic Five“ gemeinsam mit Finnland, Island, Schweden und den Färöern (vertreten durch Dänemark) zusammengeschlossen. Das zwischenstaatliche Forum organisiert gemeinsame Forschungsprojekte und Entwicklungsvorhaben mit dem Ziel, den Klimaschutz und die Sicherheit in der Region zu fördern. Der Arktische Rat gilt laut deutscher Bundeswehr im Hinblick auf eine Konfliktprävention derzeit als das beste institutionalisierte Gremium, da alle Mitgliedsstaaten auf der Basis des internationalen Rechts in einen Prozess multilateraler Interessenaustarierung eintreten. Seine Beschlüsse sind jedoch nicht rechtsverbindlich. Zu den offiziellen Mitgliedern können nicht-arktische Staaten, zwischenstaatliche und interparlamentarische Organisationen, sowie NGOs einen Beobachterstatus im Rat erwerben.

Neben der UN konzentrieren sich außerdem die EU und die NATO als internationale Organisationen auf die Arktisregion. Allerdings nehmen beide Organisationen nur eine untergeordnete Position ein, da sich sowohl Russland als auch Kanada gegen ihren Einbezug stellen. Die EU sieht sich als Interessenvertreter ihrer Mitgliedsstaaten in Bezug

¹ Als Festlandsockel werden der Meeresboden und Meeresuntergrund der Unterwassergebiete jenseits des Küstenmeeres, die sich über die gesamte

natürliche Verlängerung des Landgebiets bis zur äußeren Kante des Festlandrands erstrecken, definiert (Art. 76 I SRÜ).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
FRANZISKA FABRITIUS

25. September 2013

www.kas.de/usa

www.kas.de

auf die Sicherung der zukünftigen Energieversorgung, während die NATO aufgrund der Mitgliedschaft von den vier Arktis-Anrainern Dänemark, Kanada, Norwegen und den USA involviert ist. Sollte es zwischen den Anrainerstaaten zum Ausbruch eines Konflikts um die Rohstoffverteilung oder die Rechte an den Schifffahrtswegen kommen, dann stünden die NATO-Mitgliedsstaaten aufgrund ihrer Bündnisverpflichtungen Russland gegenüber, das als einziger Anrainer nicht Mitglied der NATO ist. Eine mögliche Blockbildung der Parteien birgt ein erhebliches sicherheitspolitisches Risiko, das nicht nur Auswirkungen auf die Arktisregion hätte, sondern international Beachtung finden muss. Die EU spricht bereits von einer sich ändernden geostrategischen Dynamik der Region mit potentiellen Konsequenzen für die internationale Stabilität und europäischen Sicherheitsinteressen.

Insgesamt zeigt sich bezüglich der Rechtslage in der Arktis ein buntes Gemisch aus nationalen, internationalen, meist unverbindlichen Regeln. Das Fehlen rechtsverbindlicher Vereinbarungen über die Kompetenzverteilung zwischen den internationalen Organisationen in der Arktisregion könnte eine Lösungsfindung zusätzlich erschweren und die bestehenden Konfliktlinien vertiefen.

Die deutsche Rolle in der Arktis

Als Nicht-Anrainerstaat scheint Deutschland auf den ersten Blick keine besondere Rolle in der Arktisregion zu spielen, doch der zweite Blick eröffnet, dass Deutschland seine Position im Verbund der Mächte wie andere Nicht-Anrainerstaaten zunehmend ausbaut.

Für Deutschland sind vor allem die möglichen neu zu erschließenden Rohstoffquellen von Interesse. Bisher deckt die Bundesrepublik ihren Energiebedarf überwiegend durch Energieimporte aus Russland, einem Staat, dessen politisches Gebaren in Deutschland oft wenig Verständnis findet. Die Erschließung kanadischer oder norwegischer Rohstoffvorkommen in der Arktis würde für Deutschland bedeuten, dass es sich aus seiner Abhängigkeit russischer

Energieimporte weiter lösen und in Zukunft eine Diversifikation der Bezugsquellen herstellen könnte. Bisher reichen die Rohstoffvorkommen Kanadas und Norwegens noch nicht aus, um den deutschen Energiebedarf umfassend zu decken. Aus diesem Grund ist der Bundesrepublik daran gelegen, den Erschließungsprozess der arktischen Vorkommen voranzubringen und unterstützt die Arktis-Anrainer mit seiner technischen Expertise.

So lange dieser Prozess im Gange ist, befindet sich Deutschland in einer „politischen Zwickmühle“, sollte es tatsächlich zu einem Konfliktausbruch zwischen den Arktis-Anrainern kommen: Als NATO-Mitglied müsste die deutsche Unterstützung aus Gründen der Bündnissolidarität den vier arktischen NATO-Anrainern gelten, während die Abhängigkeit von den russischen Energieimporten eine offene Konfrontation mit Russland nicht zulässt.

Um seinen Einfluss in der Arktisregion weiter zu festigen, hat Deutschland zudem das SRÜ unterzeichnet und besitzt einen Beobachterstatus im Arktischen Rat.

Transatlantische Partnerschaft zu Kanada: Wirtschaftsbeziehungen stärken

Die transatlantischen Beziehungen zu Kanada sind für die Bundesrepublik in diesem Zusammenhang entscheidend. Das Auswärtige Amt beschreibt die Beziehungen zwischen den Staaten als harmonisch: Kanada ist neben den USA der wichtigste Partner Deutschlands außerhalb der EU. Beide Länder verbinden gemeinsame Werte, Interessen und Grundüberzeugungen, zudem prägt sie eine aktive Mitarbeit in den internationalen Organisationen. Was die Wirtschaftsbeziehungen der Staaten betrifft, liegen sie jedoch noch weit unter ihren Möglichkeiten, sodass es ein wichtiges Anliegen ist, diese in Zukunft auszubauen und insbesondere im Hinblick auf die großen kanadischen Rohstoffvorkommen weiter zu vertiefen. Denn diese liegen, im Gegensatz zu den russischen Vorkommen, in einem politisch stabilen Raum. Das Zustandekommen des derzeit verhandelten Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
FRANZISKA FABRITIUS

25. September 2013

www.kas.de/usa

www.kas.de

Agreement) zwischen der EU und Kanada würde die deutschen Bemühungen zusätzlich unterstützen und die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen den Partnern angleichen. Die Europäische Kommission erwartet den Abschluss der Verhandlungen noch für dieses Jahr. Zeitgleich steht Kanada auch mit China in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die kanadischen Rohstoffvorkommen sind also nicht nur bei der EU und Deutschland begehrt.

zwischen den Arktis-Anrainerstaaten einzudämmen.

Außerdem orientiert sich Kanada in den letzten Jahren neu: Im Zuge der „Diversifizierung“ möchte Kanada die Außenbeziehungen, welche sich sehr stark auf die USA konzentrierten, auf eine breitere Basis stellen. Das Interesse an Europa ist groß, allerdings entwickeln sich auch die Beziehungen nach Asien sehr dynamisch.

Ausblick

Diese überblicksartige Darstellung über die aktuelle rechtliche, sicherheits- und machtpolitische Situation in der Arktisregion zeigt deutlich, die Notwendigkeit der Schaffung international verbindlicher Regelungen für den Umgang mit der Arktis. Das arktische Gleichgewicht muss neu austariert werden, denn die potentielle wirtschaftliche Erschließung der Arktis führt zu einer kontinuierlichen Zunahme der Reibungspunkte unter den Anrainerstaaten. Die Klärung der Gebietszugehörigkeiten und -ansprüche, die Entwicklung einer Strategie zum Umgang mit dem fortschreitenden Klimawandel und der Eindämmung von dessen Folgen auf die Arktisregion bedürfen einer zeitnahen und unbürokratischen Umsetzung.

Vorläufig wäre die Erarbeitung eines Moratoriums nach dem Vorbild des Antarktisvertrags² denkbar, um auf dieser Grundlage verbindliche Regelungen für die Zukunft zu erstellen und das sicherheitspolitische Risiko durch die Entschärfung der Konfliktsituation

² Der Antarktisvertrag stellt eine internationale Übereinkunft zur friedlichen Nutzung der unbewohnten Antarktis dar, mit dem Ziel, das ökologische Gleichgewicht zu wahren.